

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) rer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Christiane Ratjen-Damerau, Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Die Neuausrichtung der EU-Entwicklungspolitik – Für eine wirksame, ergebnisorientierte, länder- und regionenspezifische europäische Entwicklungszusammenarbeit

– Drucksache 17/9424 –

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union – Partnerschaft statt interessengeleitete Bevormundung

– Drucksache 17/9461 –

Hier ist verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Karin Roth hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist spät am Abend. Trotz allem ist dieses Thema wichtig, weil es bei der europäischen Entwicklungspolitik im wahrsten Sinne des Wortes auch um eine neue Zeit innerhalb der Europäischen Union geht. Das müssen wir wahrnehmen, wenn wir über Entwicklungspolitik reden. Natürlich geht es in Europa zurzeit vor allem um die Stabilisierung der Finanzen und der Wirtschaft. Es geht aber auch um Entwicklungspolitik, weil Wirtschaft und Entwicklung zusammengehören.

Die Europäische Union und ihre 27 Mitgliedstaaten waren im Jahr 2010 mit zusammen rund 54 Milliarden Euro der weltweit größte Geber öffentlicher Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Damit diese Mittel auch die größtmögliche Wirkung bei der Armutsbekämpfung erzielen, sind jedoch eine bessere Abstimmung und eine klare Arbeitsteilung innerhalb der Europäischen Union erforderlich, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Dazu brauchen wir mehr Kohärenz in den einzelnen Politikbereichen und vor allen Dingen mehr Transparenz und eine bessere Koordinierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier kommt der Europäischen Union eine Schlüssel-funktion zu, indem die Kommission innerhalb der Europäischen Union gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten die Strategien, Ziele, Programme und Schwerpunkte festlegt. Die angestrebten differenzierten Entwicklungspartnerschaften und die Konzentration auf die am wenigsten entwickelten Länder und auf Subsahara-Afrika sollten daher die Leitlinie für die Mitgliedstaaten sein und die Politik auch in unserem Land bestimmen.

Angesichts der Neuorientierung der europäischen Außenpolitik, die die Entwicklungspolitik besonders mitbestimmt – wir haben nur noch nicht richtig wahrgenommen, dass das in Europa zusammengehört –, und vor allen Dingen angesichts der Verlagerung von Aufgaben aus den Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene, in multilaterale Politikfelder kommt es darauf an, dass wir in Europa unsere Stimme erheben, und zwar auch parlamentarisch und nicht nur durch die Regierungen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine starre Quote bei der bi- und multilateralen finanziellen Zusammenarbeit, wie sie sich die Bundesregierung derzeit noch auferlegt, ist aus meiner Sicht für die Europäische Union und die europäische Ebene nicht handlungsleitend, sondern eher fesselnd. Daher sollte sie aufgehoben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung der einzelnen Förderbereiche innerhalb der Europäischen Union und der multilateralen Institutionen – zum Beispiel WHO, Globaler Fonds oder Weltbank –, also der beiden Ebenen zusammen, sind die Herausforderungen, die wir bewältigen müssen. Das ist kompliziert; gar keine Frage. Wenn wir das nicht schaffen, sind wir nicht effizient und agieren nicht im Interesse der Menschen in den Entwicklungsländern.

Dem Ministerrat kommt hierbei eine besondere Aufgabe zu. Deshalb beobachten wir im Entwicklungsausschuss die Politik des Ministerrates.

Die SPD begrüßt die Neuausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik, die eine stärkere Armutsbekämpfung und vor allen Dingen mehr Kohärenz vorsieht. Vor dem Hintergrund, dass die acht Millenniumsziele nicht erreicht worden sind, ist die Konzentration auf die Armutsbekämpfung im Zusammenhang mit der Programmierung unserer Politik besonders wichtig. Darüber sind wir uns im Ausschuss fast immer einig.

Ich bin sicher, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsziele auf der Basis der Verwirklichung der Menschenrechte und verantwortungsvoller Staatsführung zu einem nachhaltigen und breitenwirksamen Wachstum führen wird. Eine Voraussetzung dafür ist – das kann ich Ihnen heute Abend nicht ersparen –, dass die zugesagten Finanzmittel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 nicht nur von der Europäischen Union erreicht werden müssen, sondern vor allen Dingen auch von uns.

(Beifall des Abg. Dr. Sascha Raabe [SPD])

Aber wir wissen schon jetzt, dass das Deutschland trotz aller Lippenbekenntnisse nicht erreichen wird. Ich sage es noch einmal deutlich: Die schwarz-gelbe Regierung hat an dieser Stelle versagt, obwohl wir eine große Mehrheit im Bundestag haben, die dieses Ziel unterstützt. Schade darum! Das ist wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Karin Roth (Esslingen)

- (A) Umso mehr begrüßen wir es, dass die Europäische Kommission an dem vereinbarten Ziel festhält und sogar einen Stufenplan vorgelegt hat. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es auch, dass die Kommission die oft umstrittene Budgethilfe ausdrücklich als einen wichtigen Baustein für Infrastruktur vor allen Dingen beim Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in den Ländern erachtet und sich dazu bekennt.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die allgemeine und sektorale Budgethilfe jenseits von einzelnen multilateralen und bilateralen Programmen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Parlamente ein wichtiges Instrument ist. Sie hat also nicht nur eine Wirkung im wirtschaftlichen, sondern auch im politisch-demokratischen Sinne. Sie ist deshalb aus meiner Sicht ein Instrument, das wir weiterführen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten allerdings von der Europäischen Union, dass die Frauenförderung als Querschnittsaufgabe überall verwirklicht wird. Das ist in den einzelnen Ländern schwierig – das wissen wir –, aber gerade deshalb müssen wir umso mehr dafür sorgen, dass die Gender-Frage im Rahmen der Budgethilfe und der Programmierung in den Mittelpunkt gerückt wird. Frauen – das ist keine Frage – sind der Motor für die Entwicklung. Das haben wir oft genug in diesem Parlament erwähnt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

- (B) Zudem muss das Parlament in den jeweiligen Partnerländern in den Prozess integriert werden. Bei unseren Bundestagsreisen erfahren wir oft, wie wichtig es ist, dass das Parlament an Kompetenz gewinnt, so wie wir das zumindest in Deutschland gewöhnt sind, und nicht außen vor bleibt. Es besteht die große Chance, innerstaatliche Transparenzsysteme aufzubauen, zum Beispiel einen Rechnungshof. Es wäre ein Grund zum Feiern, wenn das gelingen würde, aber auch wenn die Zivilgesellschaft in die Lage versetzt würde, Haushalte zu lesen und darüber zu diskutieren, wie das zur Verfügung stehende Geld verwendet wird.

Kürzlich hat mir bei einem Aufenthalt in Sambia der deutsche Botschafter bestätigt, wie wichtig das Instrument der Budgethilfe in den Regierungsverhandlungen ist. Er betont, dass es in diesem Zusammenhang um eine Partnerschaft auf Augenhöhe geht. Es ist wichtig, dass die Geberländer gemeinsam mit den Partnerländern entsprechende Schritte machen, aber auch eine Evaluation durchführen, wodurch eine neue Kompetenz in der Politik entsteht. Das ist meiner Meinung nach der eigentliche Mehrwert der Budgethilfe: Sie organisiert gegenseitiges verlässliches Vertrauen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohärenz spielt aber nicht nur im Bereich der Entwicklungshilfe, sondern auch in allen anderen Bereichen eine Rolle. Sie ist nicht nur für den Bereich erneuerbare Energien wichtig, sondern auch für den Klimaschutz, faire Handelsbeziehungen und Rohstoffabkommen. Es bringt nichts, wenn wir nur innerhalb der Entwicklungs-

politik auf Kohärenz achten. Die Politikfelder insgesamt müssen kohärent sein. Ich denke, dass das nicht nur unsere Aufgabe ist, sondern auch Aufgabe der Europäischen Union. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Sascha Raabe [SPD]: Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass ich sehr froh darüber bin, dass es die Richtlinie der EU zur sozialen Verantwortung der Unternehmen, die neue CSR-Strategie, gibt. Sie ist ein wichtiges Element, wenn es darum geht, unsere Arbeit für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gegen Ausbeutung und Kinderarbeit zu unterstützen. Ich denke, wenn wir all dies bedenken, wird ein Schuh daraus.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin Roth.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Ich freue mich sehr darüber, dass wir diesen Antrag heute gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen auf den Tisch gelegt haben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin?

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Ich habe gehofft, dass wir gemeinsam mit CDU/CSU und FDP einen Antrag vorlegen. Ich hatte mir das sehr gewünscht. Differenzen sind zwar vorhanden, aber sie sind nicht so groß, dass man sich nicht hätte einigen können. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Stimmen Sie heute Abend einfach zu. Das wäre nicht so schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Sinne wünsche ich uns, dass wir diese Beratungen fortsetzen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, auf jeden Fall setzt sich Ihre Redezeit jetzt nicht mehr weiter fort.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen.

Ich glaube schon, dass es gelungen wäre,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

wenn wir alle das hätten schaffen wollen. Ich hoffe auf bessere Zeiten.

(Beifall bei der SPD)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Anette Hübinger hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Anette Hübinger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Roth, wir hätten das vielleicht geschafft. Aber erinnern Sie sich einmal an eine bestimmte Ausschusssitzung: Die Hand, von der man gestreichelt werden will, sollte man nicht beißen!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist der Grund, warum man manchmal nicht zusammenfindet, obwohl man es gerne würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dennoch freue ich mich, dass wir heute diese Debatte führen. Ich kann nachvollziehen, dass Sie sie lieber zu einem anderen Zeitpunkt als jetzt, am späten Abend, geführt hätten; denn in dieser Debatte setzen wir uns mit einem Politikbereich auseinander, der in Zukunft auch für unsere nationale Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung sein wird. Diese Debatte unterstreicht auch die Bedeutung der Europäischen Union im Rahmen des entwicklungspolitischen Handelns. Sie verdeutlicht ferner, welche Aufgaben, aber auch Chancen, für Europa, Deutschland und unsere Partnerländer, in der Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit liegen und was eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet. Dabei geht es auch um die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die wir unterstützen.

(B)

Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden in ihrem Handeln von Menschenrechten und Werten wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit geleitet. Um diese Werte weiterzutragen, ist ein gemeinsames Auftreten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten ein Gebot der Zeit, zumal die EU – Frau Roth hat das ja schon betont – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten mehr als die Hälfte der Mittel für die weltweite Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt.

Zum Jahreswechsel hat die Kommission erneut – man muss sagen: erneut – wegweisende Dokumente zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Budgethilfe vorgelegt. Das ist ein weiterer Versuch, die europäische Entwicklungszusammenarbeit, deren oberstes Ziel die Armutsreduzierung ist, zwischen EU und Mitgliedstaaten abzustimmen und damit gezielter, wirksamer und ergebnisorientierter zu gestalten. Das ist eine Herausforderung, die angesichts der Situation in den Entwicklungsländern, aber auch – mit Blick auf die Finanzkrise – angesichts der Situation in den Geberländern ein Gebot der Zeit ist. Diese Herausforderung muss endlich angepackt werden.

Bereits vor 20 Jahren wurde die Verpflichtung, das entwicklungspolitische Handeln nach den Grundsätzen der Komplementarität, der Kohärenz und der Koordina-

tion auszurichten, im Maastricht-Vertrag festgeschrieben. Zwischenzeitlich wurden immer wieder neue Vereinbarungen dazu getroffen: in 2006 der European Consensus on Development, 2007 der Code of Conduct, und 2009 wurden diese Grundsätze im Lissaboner Vertrag und im Vertrag über die Arbeitsweise der EU festgeschrieben.

Trotz all dieser Übereinkünfte – so haben Untersuchungen gezeigt –, hat die EU in der Entwicklungszusammenarbeit beim Spezialisierungsgrad und bei der Vermeidung von Überschneidungen keinen signifikanten Fortschritt erzielt. In einer ihrer letzten Mitteilungen zur Handelspolitik hat die Kommission sogar einräumen müssen, dass sie im Hinblick auf zwei ihrer Kernkompetenzen, nämlich der Politikkohärenz und der Regionalisierung des Handels, in der Entwicklungszusammenarbeit große Defizite aufweist. Auch die letzten Berichte des Europäischen Rechnungshofes zu Bildung und Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit zeigen dringenden Handlungsbedarf auf.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Richtig!)

Es bedarf also weiterer europäischer, aber auch nationaler Anstrengungen, um allen vertraglich verankerten Handlungsmaximen gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland hat zwar in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren eine stärkere Sektor- und Länderfokussierung erzielt; das allein reicht aber nicht aus. Dieser neue Versuch der Kommission darf daher nicht zu einem weiteren Lippenbekenntnis werden. Worten müssen Taten folgen. Ansonsten verspielen wir, das heißt die EU und die Mitgliedstaaten, die europäische Reputation im entwicklungspolitischen Bereich.

(D)

Wir brauchen endlich ein abgestimmtes arbeitsteiliges Miteinander der EU mit den Mitgliedstaaten und der Mitgliedstaaten untereinander. Wir brauchen ein Miteinander wie in einem Mannschaftsspiel, in dem jeder Spieler seine Rolle kennt und konsequent spielt. Wir brauchen eine gut aufgestellte EU, die Politikkohärenz in allen Bereichen zugunsten einer effektiven Entwicklungspartnerschaft als Dreh- und Angelpunkt ihres Handelns begreift. Hierzu bieten die Vorschläge der Kommission eine gute Grundlage. Ausdrücklich begrüßen wir daher, dass sich die EU in der Entwicklungszusammenarbeit auf eine kleinere Anzahl von Staaten beschränken und sich auf die am wenigsten entwickelten Staaten konzentrieren will. Da haben wir einen Konsens.

Auch die Konzentration auf maximal drei Bereiche pro Land, in denen sie die größte Wirkung erzielen kann, unterstützen wir; denn das befördert die erforderliche Spezialisierung. Wir begrüßen auch die differenzierte Herangehensweise in Entwicklungspartnerschaften auf der Basis von Länderstrategien, die gemeinsam mit den Partnerländern erstellt werden, sowie die gemeinsame Programmierung mit den Mitgliedstaaten. Die geplante zeitliche Abstimmung der gemeinsamen Programmierung mit den Strategiezyklen der Partnerländer ist sicherlich wegweisend. Wir begrüßen nicht zuletzt die an-

Anette Hübinger

- (A) gestrebte Vereinfachung und Flexibilisierung der Finanzinstrumente und die stärkere Fokussierung auf Programme und Maßnahmen, die ein breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum fördern. Schließlich begrüßen wir die Konditionierung der allgemeinen und sektoralen Budgethilfe.

Diese Ansätze unterstreichen die Ownership der Partnerländer, und sie vermeiden Überschneidungen der Programme und Projekte. Sie beinhalten aber auch die Anforderung an die Mitgliedstaaten, ihrerseits die nationale Entwicklungszusammenarbeit genauer unter die Lupe zu nehmen. Diese muss sich stärker an der eigenen Expertise ausrichten und spezialisieren. Länderlisten müssen abgestimmt aufgestellt werden, damit keine Geberwaisen entstehen.

Inhalte und Ausgestaltung der Zusammenarbeit werden maßgeblich durch die Aufgabenverteilung und die Struktur des Zusammenwirkens von EU und Mitgliedstaaten bestimmt. Maßstab sind dabei immer Armutsreduzierung, Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung. Wo der Rahmen nicht stimmt, ist die Gefahr groß, dass die entwicklungspolitischen Maßnahmen ihre Wirkung nicht voll entfalten. Das ist die Lehre, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen. Daher fokussiert sich der Antrag der christlich-liberalen Koalition auch auf die Ausgestaltung des Miteinanders, um endlich die gewünschte Effizienz, Kohärenz und Kompatibilität sowie Synergieeffekte in der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu erreichen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind der Ansicht, dass die neuen Mitteilungen der Europäischen Kommission zur Entwicklungspolitik, die viele Aspekte und Ansätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit enthalten, noch weiter konkretisiert werden müssen. Dies erscheint uns besonders unter dem Gesichtspunkt einer größeren Akzeptanz der Aufgabenverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten, aber auch zur Erreichung von mehr Wirksamkeit und Transparenz geboten.

Folgende vier Punkte aus unserem Antrag möchte ich deshalb hervorheben:

Erstens. Eine klare Abgrenzung der Aufgabenfelder ist notwendig. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass sich die EU lediglich als 28. Geber in den Reigen der 27 Mitgliedstaaten einreihet. Vielmehr sollte die Europäische Union ihre Stärke in den Vordergrund rücken, die in einem Mehrwert ihres Handelns aufgrund ihrer Kompetenz und ihrer Finanzkraft gerade in Bezug auf große Strukturmaßnahmen und regional übergreifendem Handeln besteht.

Zweitens. Um eine Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss zu erreichen, muss die EU die Expertise der Mitgliedstaaten verstärkt einbinden. Gerade bei der Aufstellung der Länderstrategien und der geplanten gemeinsamen Programmierung sowie bei der Durchführung der Maßnahmen ist deren Mitwirkung unerlässlich.

Drittens. Dasselbe gilt auch bei der Vergabe und Kontrolle der Budgethilfe, die immer wieder Anlass für teilweise sehr kontrovers geführte Diskussionen ist. Die Mitgliedstaaten müssen künftig auf Basis ihrer Länderkenntnis mitentscheiden können, ob die Voraussetzungen zur Vergabe von Budgethilfe der EU an ein Partnerland gegeben sind, um eine bessere Rückkopplung zu ihrer eigenen nationalen Handhabung der Vergabe zu haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch bedarf es einer Nachjustierung bei der Vergabe der sektoralen Budgethilfe. Allgemeine und sektorale Budgethilfe müssen derselben Konditionierung unterliegen; denn beide sind Anreize zur Förderung einer guten Regierungsführung. Nur so kann ein einheitliches und transparentes Verfahren bei diesem Finanzinstrument sichergestellt werden. Ginge man nach unterschiedlichen Kriterien vor, wäre die Gefahr groß, dass grundlegende Voraussetzungen zum Erhalt von Budgethilfe wie Achtung der Menschenrechte, Demokratiestandards und Rechtsstaatlichkeit umgangen werden, indem die weniger konditionierte sektorale Budgethilfe in Anspruch genommen wird.

Viertens. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Einbindung des Europäischen Entwicklungsfonds in den allgemeinen Finanzrahmen, ohne dabei die gesamten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene zu reduzieren. Dies ist ein Gebot der Haushaltsklarheit und der parlamentarischen Kontrolle und muss strikt weiterverfolgt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich bitte Sie, unsere Forderungen gemeinsam mit Herrn Minister Niebel auf den Weg zu bringen.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Genau! Überzeugen Sie sie mal!)

Wir sind überzeugt, dass er diese Forderungen nächste Woche im Ministerrat mit Verve vertreten wird und mit Sicherheit auch seine Kolleginnen und Kollegen dort überzeugen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe [SPD] – Dr. Sascha Raabe [SPD]: Ein glühender Verfechter der Budgethilfe, der Minister!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Heike Hänsel hat das Wort für die Fraktion die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die Neuausrichtung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit unter der Überschrift „Agenda für den Wandel“. Dies geschieht in einer Zeit, in der sich die Europäische Union

Heike Hänsel

- (A) in ihrer größten finanziellen und wirtschaftlichen Krise befindet. Das europäische Integrationsmodell hat mit der Lissabon-Strategie auf ein neoliberales Wirtschaftsmodell gesetzt, mit der Konkurrenz – jetzt muss vor allem die FDP gut zuhören – um die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Steuersätze und die niedrigsten Sozialstandards, verbunden mit Deregulierung, Liberalisierung und der größtmöglichen Freiheit für Kapital und Unternehmen. Wir müssen feststellen: Die Krise zeigt, dass dieses Modell gescheitert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenige Länder profitieren davon, aber die Mehrheit verliert.

Nun will die EU ausgerechnet in der Entwicklungszusammenarbeit diese gescheiterten Instrumente für die Armutsbekämpfung einsetzen. Im Papier der Kommission steht: Wachstum, gutes Geschäftsklima,

(Patrick Döring [FDP]: Gut!)

Handelsliberalisierung,

(Patrick Döring [FDP]: Sehr gut!)

Stärkung des Privatsektors,

(Patrick Döring [FDP]: Wunderbar!)

Integration der ärmsten Länder in den Welthandel,

(Patrick Döring [FDP]: Bestens!)

Ausweitung privat-öffentlicher Projekte,

(Patrick Döring [FDP]: Noch besser!)

- (B) noch mehr Freihandelsabkommen usw.

(Patrick Döring [FDP]: Super!)

Diese ganze verfehlte Politik unter der Überschrift „Agenda für den Wandel“ soll also auf die Länder des Südens ausgeweitet werden.

(Patrick Döring [FDP]: Schauen Sie mal nach Nordkorea! Da sieht es nicht gut aus!)

Das ist in unseren Augen ein Programm für mehr Armut und nicht für Armutsbekämpfung.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Isolationismus à la Nordkorea hilft nicht weiter!)

Daneben sollen auch noch die Finanzmärkte, die ja selbst gerade durch enorme Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen zur weltweiten Armut beigetragen haben, in Bezug auf die Finanzierungsinstrumente eine größere Rolle spielen. Auch das ist völlig kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Armut ist kontraproduktiv! Da haben Sie recht!)

So beurteilt zum Beispiel auch CONCORD, ein Bündnis europäischer Entwicklungsorganisationen, diese Agenda für den Wandel mit den Worten: Die EU betreibt mit diesem Konzept statt Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern eine Politik für ihre eigenen Inte-

ressen und für die eigene politische Ausrichtung, die durch sie dominiert wird und nicht die Mitbestimmung der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt stellt. – Die Mittel fließen in Investitionen im Energie- und im Privatsektor,

(Patrick Döring [FDP]: Sehr gut!)

die eben auch vor allem im Interesse der Europäischen Union liegen.

CONCORD warnt auch davor,

(Patrick Döring [FDP]: Die fliegt schon lange nicht mehr!)

dass die Reduzierung der Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel für Mitteleinkommensländer ein großes Risiko darstellt, da dort 75 Prozent der Armen weltweit leben und die soziale Ungleichheit in diesen Ländern teilweise größer ist als in Niedrigeinkommensländern.

Das zeigt sich übrigens auch im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Auch hierzu gibt es Reformvorschläge. Insgesamt wird jedoch weiterhin stark auf den Export in die Länder des Südens gesetzt, der die Existenz von Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gefährdet und deshalb nicht armutsbekämpfend ausgerichtet ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Vor allem von den Chinesen! – Patrick Döring [FDP]: Wir würden auch nach Nordkorea exportieren, wenn sie das zulassen würden!)

Wir begrüßen grundsätzlich das Mittel der Budgethilfe. Wir halten es für ein sehr zukunftsweisendes Instrument zur Armutsbekämpfung. Es kann selbstbestimmte Entwicklungen und vor allem auch den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen und Gesundheitssystemen ermöglichen, aber nur dann, wenn es eben nicht als Sanktionsinstrument benutzt wird

(Beifall des Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die EU nicht von vornherein vorschreibt, wie die Länder ihre Politik ausrichten sollen – gegen diese Bevormundung wehren wir uns –, sondern wenn diese Länder ihre politische und wirtschaftspolitische Ausrichtung und die Richtung, in die sie gehen wollen, selbst bestimmen können.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Schön wäre es, wenn die Bürger und nicht diese komischen Machthaber das entscheiden könnten!)

Wir haben hier – das finde ich interessant – vor über einer Stunde über einen Bericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ debattiert. In dem Bericht wird Wachstum als politisches Ziel des 21. Jahrhunderts infrage gestellt und ausgeführt, dass wir hier im Norden, wenn wir in den Ländern des Südens ernsthaft die Entwicklung voranbringen wollen, weg müssen von diesem Wachstumswahn und diesem

Heike Hänsel

- (A) enormen Rohstoffverbrauch. Das findet sich in dieser Agenda aber leider nicht wieder. Das halten wir für ein großes Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Weg von der Profitorientierung: Das ist im Grunde das Gebot der Stunde. Weg von der Profitmaximierung hin zu einer Politik des sozialen Ausgleichs und der Solidarität: Das wäre eine Antwort auf die Krise in Europa und für mehr Entwicklung in den Ländern des Südens.

Es gibt übrigens weltweit Initiativen, die dafür auf die Straße gehen. Nächste Woche werden Tausende von Menschen in Frankfurt zur Blockupy kommen. Ich kann nur dazu aufrufen: Kommt alle hin!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Peinlich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Harald Leibrecht hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Harald Leibrecht (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Europäische Union ist weltweit der größte Geber in der Entwicklungszusammenarbeit. Im Jahre 2010 belief sich das Budget innerhalb der EU auf über 50 Milliarden Euro. Frau Hänsel, ich glaube, Sie sind hier auf dem falschen Dampfer, wenn Sie sagen, dass das, was die EU hier leistet, nicht zielführend ist.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Aber für was denn? Wo wird es eingesetzt? Viel Geld für Wirtschaftsförderung!)

Die Europäische Union stellt mit der geplanten Neuausrichtung ihrer Entwicklungspolitik die richtigen Weichen hin zu größerer Wirksamkeit, verbesserter Koordination, effizienterem Mitteleinsatz und der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Mit der Agenda für den Wandel wird die Ausrichtung auf die Armutsbekämpfung bekräftigt und gleichzeitig ein stärkerer Fokus auf die Beseitigung der Ursachen von Armut gelenkt. Die Förderung von breitenwirksamem und nachhaltigem Wachstum spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

Die EU-Entwicklungspolitik soll zukünftig gezielt den Aufbau lokaler privatwirtschaftlicher Strukturen unterstützen,

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Oh, oh! Hört! Hört!)

so zum Beispiel durch die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen oder durch den erleichterten Zugang zu Wirtschafts- und Finanzdienstleistungen. Nur so können Arbeitsplätze entstehen und die Menschen sich selber aus ihrer Armut befreien.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Heike Hänsel [DIE LINKE]:

Aber nicht in Konkurrenz mit EU-Unternehmen!)

(C)

Mit der Neuausrichtung sendet die Europäische Union aber nicht nur ein wichtiges Signal nach außen, sondern auch nach innen; denn im Kontext der Euro-Krise, in der die Mitgliedstaaten selber enorme Sparanstrengungen unternehmen, um ihre Staatsverschuldungen zu senken, steht die Europäische Union stärker denn je in der Verantwortung, ihre Entwicklungszusammenarbeit transparenter, wirksamer und effizienter zu gestalten. Ich sage das nicht zuletzt deshalb, weil wir als Entwicklungspolitiker natürlich nicht wollen, dass in Krisenzeiten als Erstes die Entwicklungszusammenarbeit dem Rotstift zum Opfer fällt. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Entwicklungszusammenarbeit gezielter, wirksamer und ergebnisorientierter wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit dem vorliegenden Antrag möchten die Koalitionsfraktionen mit Blick auf den EU-Entwicklungsministerrat am 14. Mai dieses Jahres das Signal senden, dass wir den neuen Kurs der Europäischen Union unterstützen. Unser Dank gilt Bundesminister Niebel, der die deutsche Position auf EU-Ebene in weiten Teilen durchsetzen konnte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf den Antrag der Linksfraktion zu sprechen kommen. Man muss sich doch schon sehr wundern, wenn man dort liest, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten keinen Anspruch darauf hätten, die Verwendung der Mittel nach ihren Maßstäben zu kontrollieren. – Ich bin sehr gespannt, wie Sie, meine Damen und Herren von den Linken, dies dem deutschen Steuerzahler erklären wollen.

(D)

Die Linke spricht sich in ihrem Antrag im Prinzip für die bedingungslose Vergabe allgemeiner Budgethilfe aus. Es sei ganz klar gesagt: Das ist eine vollkommen rückwärtsgewandte Politik. Diese Vergabepaxis hat es in der Vergangenheit gegeben.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Stimmt gar nicht!)

Dadurch wurden auch autoritäre Regime gestützt. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Das stimmt gerade nicht! – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Genau wie mit den Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien! Damit müsste auch Schluss sein!)

Meine Fraktion ist nicht prinzipiell gegen die allgemeine Budgethilfe. Nur müssen wir ganz genau hinschauen, wo und wie wir sie einsetzen möchten, damit sie der jeweiligen Bevölkerung nutzt und nicht zweckentfremdet wird. Der arabische Frühling hat uns eindringlich vor Augen geführt, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht nur die Armutsbekämpfung, son-

Harald Leibrecht

- (A) dern auch die verantwortungsvolle Regierungsführung im Blick haben muss.

Deshalb ist es vollkommen richtig, dass die Vergabe allgemeiner Budgethilfe künftig an gemeinsame und sehr strenge Kriterien geknüpft wird

(Beifall bei der FDP)

und dabei insbesondere gute Regierungsführung,

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Gute Regierungsführung für Deutschland!)

die Achtung der Menschenrechte sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärker berücksichtigt werden. Das BMZ unter Dirk Niebel ist hier mit gutem Beispiel vorgegangen

(Patrick Döring [FDP]: Mit sehr gutem Beispiel!)

und hat auf europäischer Ebene wichtige Impulse gesetzt. Die deutschen Beiträge zur Budgethilfe werden nach strengen und transparenten Vergabekriterien gewährt und ständig überprüft.

Das konsequente Vorgehen des Bundesministers hat bereits in einigen Fällen Wirkung gezeigt.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Wo ist er denn jetzt? Er fehlt ständig im Kabinett, und hier fehlt er auch!)

- (B) Ende 2010 hat Minister Niebel beispielsweise die Budgethilfe für Mosambik gekürzt, da dort Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung nicht wie vereinbart umgesetzt wurden. Dies hat wesentlich zum Einlenken der Regierung von Mosambik beigetragen, die schließlich ein Gesetzespaket zur Korruptionsbekämpfung vorgelegt hat.

Ein anderes Beispiel ist Malawi. Die Aussetzung der allgemeinen Budgethilfe durch Minister Niebel hat dazu beigetragen, dass Gesetze, die zu einer Beschneidung von Minderheitenrechten und der Pressefreiheit geführt hätten, an eine unabhängige Rechtskommission verwiesen wurden.

Diese Beispiele zeigen deutlich: Durch eine konsequente Haltung kann man die politische Entwicklung eines Landes positiv beeinflussen und helfen, Demokratie und Menschenrechte zu schützen. Diesen Kurs wird die FDP-Fraktion auch weiterhin unterstützen. Darum unterstützen wir auch die Neuausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Thilo Hoppe für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen sind die Europapartei.

- (Dr. Sascha Raabe [SPD]: Ich habe gedacht, die Grünen sind die Umweltpartei!) (C)

Deshalb dürfte es auch nicht verwundern, dass wir auch die Rolle der Europäischen Union in der Entwicklungspolitik stärken wollen.

Während in dem Antrag der Koalition und auch in dem der Linken, zumindest zwischen den Zeilen, Euro-Skepsis zu spüren ist,

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Die ist auch angebracht!)

sehen wir in dem Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD eingebracht haben, in mehr Europa auch in der Entwicklungspolitik eher Chancen.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Mehr soziales Europa!)

Der Tenor auf den letzten drei großen entwicklungspolitischen Konferenzen – Paris, Accra und Busan – war immer gleich, eine klare Botschaft an die sogenannten Geber: Hört doch endlich damit auf, dass jeder sein eigenes Süppchen kocht! Schließt euch zusammen! Legt auch euer Geld zusammen! Unterstützt zum Beispiel im Rahmen von Budget- oder Sektorbudgetfinanzierung den Aufbau eines Gesundheitssystems in einem Partnerland, statt dass dort die Deutschen, die Engländer, die Niederländer und Dänen alle ihre eigenen Projekte hochziehen, ihre Vorzeigekrankenhäuser aufbauen und davor ihre Fahne hissen!

Mehr gemeinsames Vorgehen ist gefragt, zumindest bessere Absprachen, und mehr Arbeitsteilung. Die Vertretung der Europäischen Union in den entsprechenden Partnerländern – das hat Frau Hübinge schon gesagt – soll nicht als die 28. Gebernation auftreten; sie hat vielmehr die Aufgabe, die europäischen Mitgliedsländer zusammenzuführen und ein gemeinsames Auftreten zu organisieren. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Bei speziellen Herausforderungen – ich denke dabei an fragile Staaten oder große Entwicklungsländer, die Fortschritte im Wirtschaftswachstum gemacht haben, wo aber die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird und die Gesellschaft auseinanderfällt – könnte die Europäische Union auch als alleiniger Akteur kraftvoll auftreten.

Wenn wir im Gegensatz zur Koalition die Stärkung der Rolle der EU in der Entwicklungspolitik befürworten und die Vorschläge der EU-Kommission überwiegend – das gilt nicht für alle – positiv beurteilen, dann heißt das noch lange nicht, dass wir die Probleme übersehen. Es gibt nach wie vor organisatorische Probleme. In den Vorschlägen der Europäischen Kommission, die jetzt vorliegen, wird unserer Meinung nach auch die Rolle der Privatwirtschaft viel zu stark betont.

Die größten Probleme liegen aber in einem anderen Bereich, und zwar in den negativen Auswirkungen, die andere Politiksektoren der Europäischen Union auf die

Thilo Hoppe

- (A) Entwicklungsländer haben. Es kommt leider immer noch vor, dass Erfolge der EU-Entwicklungspolitik durch andere Politiken der EU wieder völlig zunichte gemacht werden. Damit meine ich vor allem die europäische Handels-, Agrar- und Fischereipolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Noch immer werden hochsubventionierte Hähnchenteile aus EU-Überschussproduktion auf afrikanischen Märkten abgekippt und treiben dort die Geflügelzüchter und Kleinbauern in den Ruin. Völlig pervers ist, was nach wie vor im Rahmen der europäischen Fischereipolitik geschieht – wir werden das hier hoffentlich noch in einer anderen Debatte ausführlicher diskutieren können –: Hochsubventionierte europäische Fabrikschiffe fischen die Küsten Afrikas leer. Ein einziges dieser europäischen Fabrikschiffe fischt an einem Tag die Menge, die 40 afrikanische Fangboote in einem ganzen Jahr fangen. Zu diesen Fischereiverträgen hat Horst Köhler einmal gesagt, sie seien Schandverträge, die dringend überarbeitet werden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg.
Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Es gibt leider viele Beispiele dieser Art, die deutlich machen, dass die eine Hand der EU etwas aufbaut, was die andere Hand wieder einreißt. Doch zu diesen Kohärenzproblemen ist in dem Antrag der Koalition nichts zu finden. Fehlanzeige auch beim 0,7-Prozent-Ziel. Das verschweigen Sie lieber peinlich, weil sonst die Unterlassungssünden der eigenen Regierung zutage treten würden.

- (B)

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Schämt euch!)

Vor allem deshalb, aber auch, weil Sie die Rolle der EU im Gegensatz zur nationalen Entwicklungspolitik eher kleinhalten wollen, lehnen wir Ihren Antrag ab.

Zum Antrag der Linken gibt es, wenn man ganz viel Revolutionsrhetorik weglässt und sich auf die Kernforderungen konzentriert, durchaus eine Menge Gemeinsamkeiten. Es gab im Vorfeld auch den Versuch, wenigstens zu einem gemeinsamen Antrag der Opposition zu kommen. Dabei waren wir auf einem guten Weg. Das wollte die Fraktionsführung der SPD nicht. Das war nicht eure Schuld.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Kollege.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es gibt, wie gesagt, viele Übereinstimmungen bei den Forderungen. Was wir aber nicht teilen, ist, dass das Prinzip der Good Governance beiseitegeschoben werden soll. Natürlich müssen wir über Good Governance reden. Aber das beinhaltet natürlich Verpflichtungen für beide Seiten. Deshalb bleibt uns nur Enthaltung.

Wir wollen die Rolle der EU für eine globale nachhaltige Entwicklung stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Antrag auf Drucksache 17/9553 mit dem Titel „Neuausrichtung der Europäischen Entwicklungspolitik für mehr Kohärenz und wirksame Armutsbekämpfung“ eingebracht. Über den stimmen wir jetzt ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt bei Zustimmung durch die einbringenden Fraktionen. Die übrigen haben dagegen gestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/9424 mit dem Titel „Die Neuausrichtung der EU-Entwicklungspolitik – Für eine wirksame, ergebnisorientierte, länder- und regionenspezifische europäische Entwicklungszusammenarbeit“. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen bei Zustimmung durch die einbringenden Koalitionsfraktionen. Die Opposition war dagegen.

Jetzt folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/9461 mit dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union – Partnerschaft statt interessengeleitete Bevormundung“. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt. Dafür hat die Fraktion Die Linke gestimmt. Dagegen haben CDU/CSU, FDP und SPD gestimmt. Bündnis 90/Die Grünen haben sich enthalten.

(D)